Tägliche Rundschau
5./VII. 1915

Die sozialdemokratische Partei gegen ihren Vorsitzenden.

Unerhörtes wird erhört. In der Sozialdemokratie haben die Quertreiber und Minierer es glücklich so weit gebracht, daß die Partei sich genötigt sieht, durch ihr dazu berufenes Organ, den Parteiausschuß, gegen ihren eigenen Vorsitzenden Front zu machen. Der „Vorwärts", das unfreiwillige Organ des Parteivorstandes, der eben noch gegen die von ihm vierundzwanzig Stunden zuvor veröffentlichten Ausführungen dieses Parteivorstandes lang und lebhaft polemisierte, sieht sich heute schon wieder genötigt, seinen Lesern folgendes mitzuteilen:

Der Parteiausschuß

hat am 30. Juni und 1. Juli in Berlin getagt. Es waren alle 41 Bezirks- und Landesvorstände vertreten. Verhandelt wurde über die gegenwärtige Situation, besonders über die letzten Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution fand Annahme:

„Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder.

Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Aufrufs: „Das Gebot der Stunde", durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei."

Der erste Absatz der Resolution ist gegen acht, der zweite gegen sieben und der dritte gegen zwölf Stimmen angenommen worden. Außerdem wurde beschlossen, vor Zusammentritt des Reichstags gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Situation zu verhandeln.

Da nach der eigenen Angabe des „Vorwärts" alle 41 Bezirks- und Landverbände vertreten waren, ist das Abstimmungsergebnis über den dritten Absatz eine schwere moralische Niederlage für den Genossen Haase, ja geradezu eine Absage der Partei an ihren Vorsitzenden. Denn zurzeit gibt es keine höhere Instanz in der Partei als den Parteiausschuß, da die höchste, der Parteitag, derzeit nicht versammelt werden kann. Herr Haase müßte nach normalen

Begriffen, insbesondere aber nach demokratischem Begriffe, nun das Amt eigentlich niederlegen, mit dessen Pflichten er nach dem Zeugnis seiner bereits oberften Richter sein Verhalten im Einklang zu halten imstande war. Er hat allerdings die Möglichkeit, dieser traurigen Folgerung auszuweichen, indem er erklärt, an den Parteitag appellieren zu wollen, womit er seine Amtsherrlichkeit auf absehbare Zeit sich gerettet hätte.

Natürlich kann der Beschluß des Parteiausschusses die Spaltung in der Partei nicht beseitigt haben und beseitigen. Im Gegenteil, er muß, wenn auch noch so sehr gegen seinen Willen, den Riß erweitern und vertiefen. Die so schart zurückgewiesenen und zurechtgewiesenen Elemente werden nach den Naturgesetzen des Radikalismus sich um so erbitterter in ihren Fanatismus verbohren und so die maßvollere Mehrheit immer unausweichlicher vor die Entscheidung stellen, die Unterminierer ihr Zerstörungswerk in der Partei zu deren Verderben fortsetzen zu lassen oder durch eine reinliche Scheidung und Ausmerzung ihr Gestank und Gebeichen zu sichern. Wie wenig die Radikalen daran denken, sich durchzusetzen, die Geduldige eines besseren belehren zu lassen, das zeigt die Art und Weise, wie die radikale „Leipz. Volksztg." sich zu der Entschließung des Parteiausschusses stellt. Sie